

- § 3 Alle Funktionen und Entscheidungen, welche nach den Vorschriften des 2. Hauptstückes des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches samt Nebengesetzen den Seelsorgern übertragen sind, stehen im Falle einer Eheschließung vor der weltlichen Behörde der fürstlichen Regierung zu.
- § 4 Gegen Entscheidungen der fürstlichen Regierung in Ehesachen steht den Bewerbern das Recht des Rekurses an die Landesverwaltungsbeschwerdeinstanz bzw. an den Staatsgerichtshof zu.
- § 5 Das Aufgebot einer von der Regierung abzuschließenden Ehe ist von dieser Behörde durch öffentlichen Anschlag sowohl an der amtlichen Kundmachungstafel als auch beim Gemeindeamt des Wohnortes eines jeden der Brautleute vorzunehmen. Der das Aufgebot enthaltende Anschlag soll durch drei (3) Wochen an den Kundmachungstafeln ausgehängt bleiben, bevor zur Eheschließung geschritten werden kann.
- Aus wichtigen Gründen kann die fürstliche Regierung diesen Aufgebotstermin verkürzen und unter dringenden Gründen das Aufgebot auch ganz nachsehen. Die Aufgebotsnachsicht wegen bestätigter naher Todesgefahr kann gegen das in § 86 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vorgesehene eidliche Gelöbnis der Brautleute von der fürstlichen Regierung erteilt werden.
- § 6 Die Delegation einer anderen weltlichen Behörde zur Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung kann über Ersuchen der Brautleute von Seite der fürstlichen Regierung nach den im allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche (§§ 81 und 82) für Pfarrämter bestehenden Vorschriften geschehen.
- § 7 Die feierliche Erklärung der Einwilligung zur Ehe muß vor der fürstlichen Regierung hiezu delegierten Amtsperson in Gegenwart zweier Zeugen und eines beideten Schriftführers abgegeben werden.
- § 8 Über den Akt der Eheschließung ist ein Protokoll aufzunehmen und sowohl von den Brautleuten als von den Zeugen und den beiden Amtspersonen zu unterzeichnen.
- § 9 Die fürstliche Regierung führt über die bei derselben vorgenommenen Aufgebote und Eheschließungen ein Aufgebotsbuch und ein Eheregister und fertigt aus diesen Registern über Ansuchen amtliche Zeugnisse aus, welche die geschene Verkündigung und beziehungsweise Eheschließung mit der Beweiskraft öffentlicher Urkunden dartun. Ein solches amtliches Zeugnis über den vorgenommenen Akt der Eheschließung hat die Regierung den ordentlichen Seelsorgern beider Brautleute zum Eintrag in das Register von Amtswegen zu übersenden.
- § 10 Rücksichtlich der Scheidung und Trennung der Ehe gelten bezüglich die vor der Regierung geschlossenen Ehen gleichfalls die Bestimmungen des a. b. G. B. wobei die den Seelsorgern zugewiesenen Funktionen der fürstlichen Regierung obliegen.